

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulstandorte sichern - Schließungen aussetzen

Der Landtag stellt fest:

Mehrere Schulstandorte im Land Brandenburg sind aufgrund rückläufiger Schülerzahlen kurz- oder mittelfristig von Schließungen bedroht. Aus diesem Grund erarbeitet eine Demografie-Kommission unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport derzeit Lösungsvarianten zur Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Netzes weiterführender allgemeinbildender Schulen im Land Brandenburg. Mögliche Schließungen von Standorten zum gegenwärtigen Zeitpunkt oder zum Schuljahr 2018/19 würden den Ergebnissen dieser Kommission allerdings vorweggreifen.

Daher soll die Schließung von Schulstandorten zunächst bis zum Ende des Schuljahres 2019/20 ausgesetzt werden, bis die Erkenntnisse der Demografie-Kommission vorliegen und ausgewertet sind.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen, damit bis zum Ende des Schuljahres 2019/20 alle bestehenden weiterführenden allgemeinbildenden Schulen weitergeführt werden können.

Begründung:

Die Entwicklung der Schülerzahlen in einigen Regionen Brandenburgs erschwert vor dem Hintergrund der schulgesetzlichen Regelungen über den geordneten Schulbetrieb die Fortführung mehrerer Schulstandorte, da die in § 103 Abs. 1 BbgSchulG vorgeschriebene Zahl von Parallelklassen (Mindestzügigkeit) nicht erreicht wird. Folglich sind diese Standorte, die insbesondere in Regionen des äußeren Entwicklungsraumes des Landes vorzufinden sind, von Schließung bedroht.

Zur Sicherung des Netzes weiterführender allgemeinbildender Schulen im Land Brandenburg hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport eine Demografie-Kommission eingesetzt, die analog zu den „Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum im Land Brandenburg“ Vorschläge für die zukunftssichere Ausgestaltung des Schulsystems der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels erarbeiten soll. Der Abschlussbericht wird voraussichtlich im Mai 2019 vorliegen.

Eingegangen: 17.04.2018 / Ausgegeben: 17.04.2018

Um den Schlussfolgerungen der Demografie-Kommission hinsichtlich möglicher Lösungsvarianten zur Sicherung der Schulinfrastruktur im Land Brandenburg nicht vorwegzugreifen, sollen alle derzeit bestehenden weiterführenden allgemeinbildenden Schulstandorte mindestens bis zum Ende des Schuljahres 2019/20 weitergeführt werden. Die dafür benötigten personellen Ressourcen werden den betroffenen Schulen aus den vorhandenen Mitteln des MBSJ zur Verfügung gestellt. Auf Grundlage der Erkenntnisse und Empfehlungen der Demografie-Kommission soll für das Schuljahr 2020/21 eine Neubewertung erfolgen.